Der Ruf zur Antifaschistischen Aktion

Die Ereignisse im Preußischen Landtag, der feige verabredete Ueberfall der Nazis auf die kommunistische Fraktion, hat in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse alarmierend gewirkt. Dieser Vorgang ist tatsächlich mehr als ein bloßer Zusammenstoß zwischen den Faschisten und der einzigen antifaschistischen Partei. Er ist das weithin sichtbare Zeichen, daß die Hakenkreuzpartei auch innerhalb des Landtages zur Anwendung von Methoden des offenen faschistischen Terrors übergeht in dem Augenblick, wo derselben Partei durch das Zentrum die Präsidialgewalt im Landtag ausgeliefert worden ist. Wenig mehr als eine Stunde nach dem Amtsantritt des nationalsozialistischen Präsidenten Kerrl, den die zentrümlichen Koalitionsbrüder der SPD mitgewählt hatten, entwickelte sich die faschistische „Aktion" im Landtag.

Man braucht nur das Wohlbehagen der Zeitungen des Börsen- und Industriekapitals über den feigen nationalsozialistischen Ueberfall lesen, um die wahren Hintermänner und Nutznießer dieses faschistischen Banditenstreichs ans helle Licht zu ziehen. Die bankrotte Bourgeoisie entsendet ihre faschistischen Landsknechte auch innerhalb des Parlaments. Ihr Haß gilt nur dem mutigen, kühnen Auftreten der Kommunisten, die als einzige wahre Vertreter der Volksmassen schon in den ersten Sitzungsstunden mit rücksichtslosem Zugriff den Faschisten die volksfreundliche Maske vom Gesicht rissen.

Was sich im Landtag ereignete, war der zugespitzte Ausdruck der faschistischen Entwicklung in Deutschland, wie sie durch 13 Jahre sozialdemokratischer Regierungspolitik herbeigeführt wurde. Auf der Parlamentstribüne bilden die abgetakelten kaiserlichen Offiziere und Femehelden Rollkommandos gegen die antifaschistischen Arbeiterabgeordneten.

•

In diesen Tagen wird zwischen dem Reichspräsidenten Hindenburg und dem Reichskanzler Brüning, nachdem die Generalität der Reichswehr schon ihren Willen kundgetan hat, über die weitere Entwicklung der Reichsregierung und über die neue 5. Notverordnung verhandelt. Es geht darum, ob schon jetzt die Nazis zur offenen Regierungsteilnahme herangezogen werden sollen, oder ob die Uebergangs- und Notverordnungsregierung Brüning sich noch stärker zur Generalsdiktatur entwickeln soll. Es geht um weitere, ungeheuerliche Belastungen vor allem der Erwerbslosen und Invaliden durch ein faschistisches Notverordnungsdiktat. Es geht auch um die Vorbereitung einer Naziregierung in Preußen, nachdem sich die Nazis in den ersten beiden Tagen des Landtages schon offen als Teilhaber des herrschenden Systems benommen hatten.

Indessen erhebt der faschistische Terror im ganzen Lande frech sein Haupt. Das Finanzkapital bildet sich ein, durch die faschistische Niederschlagung der führenden revolutionären Kader der Arbeiterklasse die proletarischen Massen einschüchtern zu können und den neuen ausbeuterischen Angriffen gefügig zu machen. Die Drohungen, das Auftreten, der feige Ueberfall der Nazipartei, ist nur ein Teil jenes Planes, den die Hitlerfaschisten außerhalb und innerhalb des Parlament verwirklichen wollen.

Die Arena des Preußischen Landtages wurde deshalb am Mittwochabend zur Widerspiegelung der großen entscheidenden Auseinandersetzungen, die in Deutschland zwischen den proletarischen antifaschistischen Kräften und dem Faschismus bevorstehen. Die Kommunisten demonstrierten im Landtag nicht nur ihren entschlossenen, tapferen Willen, ihren Fraktionsführer zu verteidigen. Die Kommunisten traten auf als die unpersönlichen schärfsten Kämpfer gegen den Mordfaschismus als die Rufer für den Massenkampf zur Verhinderung einer Naziregierung.

•

Im gestrigen Vorwärts- und den Provinzblättern der SPD, so auch in der Dresdner Volkszeitung, kann man über die Landtagsvorgänge lesen:

„Am Mittwoch hat sich der Faschismus in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt!"

Und wie antworteten die SPD-Führer? Sie liefen schleunigst davon. Sie übernahmen die Rolle des „unparteiischen Zeugen", der die Kommunisten denunzierte. Herr Heilmann war es, der hoch und heilig versicherte, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten „keine Hand gerührt" hätten, als die Nazis in vierfacher Ueberzahl gegen die sich erbittert wehrenden Kommunisten anstürmten. Die „Antifaschisten" aus der SPD-Führung sind im Kampfe gegen die faschistischen Rollkommandos genau so „unparteiisch", wie sie es jahrelang als Polizeipräsidenten und Polizeiminister waren. Die „Neutralität" der SPD-Führer zeigt Grzesinski in ihrem wahren Glanz durch sein gestriges Verbot unserer antifaschistischen Versammlung auf dem roten Wedding.

Durch diese Politik haben die sozialdemokratischen Führer 13 Jahre lang den Faschismus gefördert. Ihre Notverordnungspolitik, ihre „unparteiische" Polizeipolitik ist eine Treibhauskultur des Hitlerfaschismus.

Ohne die SPD-Politik wäre Deutschland längst, wie die Sowjetunion, ein sozialistischer Staat ohne Faschisten, ohne kapitalistische Ausbeutung und ohne Arbeitslosigkeit.

•

Zwei Jahre lang hat die Sozialdemokratie ihren Anhängern die unerträglichen Lasten des „kleineren Uebels" auferlegt — und die Nazis wuchsen.

Zwei Jahre hat die SPD die Regierung Brüning als „letztes Bollwerk" gegen den Faschismus hingestellt — und die Faschisierung marschierte.

Zweimal riefen die SPD-Führer ihre Wähler zur Wahl des Feldmarschalls Hindenburgs, um „den Faschismus zu schlagen" — und heute ist Hindenburg gleichermaßen der Schild der Reichswehrgenerale wie die Hoffnung der Nazis.

Ein drittes Mal haben die SPD-Führer bei den Preußenwahlen versprochen, daß „der Faschismus nun endgültig geschlagen" würde — und 162 Nazidabgeordnete, ein Nazi-Landtagspräsident mit den Stimmen der Zentrumspartei, der bevorstehende Regierungsschacher zwischen Nazis und Zentrum sind das Ergebnis.

Sozialdemokratische Arbeiter, Gewerkschaftskollegen!

Diese bitteren Erfahrungen dürfen im Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse nicht spurlos an euch vorübergehen.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der über die Entwicklung der letzten Monate reiflich nachgedacht hat, muß zur Erkenntnis kommen, daß die faschistische Gefahr nur mit den Mitteln des außerparlamentarischen Klassenkampfes zurückgeschlagen werden kann.

•

Die Kommunistische Partei hat gestern durch ihren Aufruf zur Antifaschistischen Aktion erneut an alle Arbeiter das Angebot des gemeinsamen antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes in der proletarischen Einheitsfront gerichtet! Wir Kommunisten sagen:

Die einzige Voraussetzung der Einheitsfront gegen die gemeinsamen Feinde ist der gemeinsame Kampfwille.

Wir wollen in den Millionen Massen die eiserne Entschlossenheit zur Verhinderung einer Naziregierung erwecken. Wir wollen den Sieg der deutschen Arbeiterklasse über den blutigen Hitlerfaschismus. Wir wollen den Massenwiderstand gegen den neuen Unterstützungsabbau und gegen jeden Lohnabbau. Wir wollen die Millionen Antifaschisten formieren zur großen revolutionären Kampffront für den Sozialismus, zur stählernen Front des Marxismus.

Die Antifaschistische Aktion bedeutet die Anwendung aller Methoden des proletarischen Klassenkampfes bis zum politischen Massenstreik gegen den Faschismus.

Die Antifaschistische Aktion ist der Widerstand gegen alle Angriffe des Kapitals.

Die Antifaschistische Aktion ist der Zusammenschluß aller Arbeiter im roten Massenselbstschutz in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln.

Die Antifaschistische Aktion ist der kühne Uebergang zum Gegenangriff durch den Vorstoß in den Faschistenvierteln der Städte und bis in die Dörfer auf dem Lande.

In den Einheitsausschüssen der Antifaschistischen Aktion müssen sich Betriebsbelegschaften oder Betriebsabteilungen, proletarische Massenorganisationen, Stempelstellen durch gemeinsame Beschlüsse mit den kampfgewillten antifaschistischen Arbeitern aller Richtungen, mit den kampfgewillten lokalen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen des Reichsbanners, SPD und SAP zusammenschließen.

Wir Kommunisten wollen die kämpfende Einheitsfront. Wir sind die schärfsten Gegner jeglichen „Blocks" mit den Heilmännern und sonstigen Schrittmachern des Faschismus, mit den Sendewinen und ähnlichen konterrevolutionären Spaltern der Arbeiterfront. Wir reichen allen sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern den Bruderhand zum wirklichen Kampf gegen den Faschismus und die Kapitaldiktatur.

Wir rufen zur Antifaschistischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse!

Zwei empörende Urteile der Klassenjustiz

Nur Gefängnis für faschistische Mörder

Ein Arbeiter auf 12 Jahre ins Zuchthaus geschickt. Faschistische Mörder erhalten einige Monate Gefängnis und werden freigelassen. Proteststurm der Arbeiterschaft!

Wuppertal, 26. Mai 1932. (Eig. Bericht).

Die schlimmsten Erwartungen, die von den Arbeitern gegenüber der Severing-Justiz gehegt wurden, sind durch ein in seiner Milde unerhörtes Urteil gegen Nazis übertroffen worden, das heute vom hiesigen Gericht ausgesprochen wurde. Angeklagt waren die drei Nazis, die am 13. März in Hückeswagen die zwei kommunistischen Arbeiter Blumberg und Mondré, sowie den sozialdemokratischen Stadtverordneten Fries ermordet hatten. Unter dem Schutz eines riesigen Schupoaufgebotes wagte das Gericht, den Führer des Mordkommandos Zahnarzt Heukenkamp wegen „Raufhandel"(!) zu 15 Monaten Gefängnis, Willmund zu 1½ Jahren und den Doppelmörder Marks zu 5 Jahren Gefängnis zu verurteilen.

Die Mörder Willmund und Heukenkamp wurden sofort nach der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Ihre Nazikumpane holten sie in einem Demonstrationszug ab. Im Nu sammelten sich jedoch Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, vor denen die Nazis feige auseinanderflohen.

Zur selben Zeit fällte das Schwurgericht Bochum ein Urteil, das in seiner ganzen Grausamkeit zeigt, mit welcher verbissenen Feindschaft kapitalistische Richter gegen Arbeiter vorgehen.

12 Jahre Zuchthaus für einen Antifaschisten

Bochum, 26. Mai 1932. (Eig. Drahtbericht.)

Der antifaschistische Arbeiter Van Ende wurde vom Schwurgericht Bochum wegen Totschlags zu 12 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der angeklagte Arbeiter soll bei einem Zusammenstoß mit provozierenden Nazibanditen einen Hakenkreuzler erschossen haben.

Gibt es einen durchschlagenderen Beweis für den unverhüllten Charakter der Klassenjustiz?! Auf der einen Seite werden dreifache Mörder zu läppigen Gefängnisstrafen verurteilt, sie der Haft entlassen, und auf der anderen Seite wird ein aufrechter Arbeiter auf mehr als ein Jahrzehnt ins Zuchthaus geschickt, weil er im Kampf einen Naziprovokateur erschossen haben soll. Das ist die faschistische Justiz, die im Severing-Preußen ebenso unverhüllt ihre unbedingte Sympathie mit den Nazis zum Ausdruck bringt wie im Schleck-Sachsen. Machurteile gegen Arbeiter fällt und den Nazis Freibriefe für weiteren Arbeitermord gibt.

Die Werktätigen Deutschlands müssen in verstärktem Maße in der Roten Hilfe für alle proletarischen politischen Gefangenen kämpfen und durch die Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront dafür sorgen, daß die Nazipest überwunden wird.

Protestdemonstrationen der Arbeiter

Remscheid, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Hier herrscht über das unerhört milde Urteil gegen die Nazimörder große Empörung unter den Arbeitern. Es fanden überall Demonstrationszüge im Stadtinnern statt. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor, mehrere Arbeiter wurden verletzt, einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Demonstrationen dauerten bis in die späten Abendstunden.

Hagen, 26. Mai 1932 (Eig. Drahtb.)

Wegen der Vorgänge im Preußischen Landtag und den empörend milden Gefängnisstrafen von Hückeswagen, kam es in der Stadt und am Bahnhof zu spontanen Protestdemonstrationen. Jeweils bis zu 300 Arbeiter und Arbeiterinnen bildeten Demonstrationszüge und protestierten gegen die neue Notverordnung, gegen die Nazi-Mord-Banditen und gegen die Herabsetzung der Unterstützungssätze.

Finanzkapital beglückwünscht die Nazis

Die Presse der Reichen freut sich über den Nazi-Ueberfall im Preußischen Landtag
Die Empörung der Arbeiter muß zur Stärkung der Antifaschistischen Aktion führen

Während in ganz Deutschland die Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen von siedender Empörung über den heimtückisch-feigen Verbrecherstreich der Nazi-Landtagsfraktion ergriffen sind, während es überall zu spontanen Protestkundgebungen und Aktionen kommt, herrscht bei den Kapitalisten und speziell beim Börsenkapital Entzücken angesichts des Naziüberfalls. Die „Berliner Börsen-Zeitung", deren Name schon sagt, wessen Interessen sie vertritt, schreibt gestern:

„... so muß man doch feststellen, daß sich das Verhalten der Nationalsozialisten ... durchaus begreifen läßt, und daß die kommunistischen Provokateure den derben Denkzettel, den sie erhielten, durchaus verdient haben."

Wenn die Nazis Arbeiterabgeordnete überfallen, dann jubeln die Börsianer. Das zeigt, in wessen Auftrag diese Strauchritter handeln. Aber nicht nur die Börsenzeitung drückt ihre unverhohlene Freude über den Banditenstreich der Nazis aus, sondern die gesamte bürgerliche Presse im Reiche bringt fast die gleichlautenden Kommentare. Ein Umstand, der beweist, daß nicht nur der Ueberfall planmäßig vorbereitet und organisiert war, sondern auch die Berichterstattung, die draußen im Reich den einheitlichen Eindruck erwecken soll, als haben die Parlamentsrowdys Hitlers eine große Tat vollbracht.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**, die Chorführerin im Lohnabbaukonzert, die nie verstummende Fanfare für jede Kürzung der Invaliden- und Wohlfahrtsausgaben, klatscht den Nazis ein Bravo zu. Für sie ist das infame Banditentreiben der Nazis **„das Walten einer gewissen ausgleichenden Gerechtigkeit."**

Der **„Berliner Börsen-Courier"** darf nicht fehlen. Angesichts der Nazi-Exzesse wagt er zu erklären, daß die Hakenkreuz-Fraktion „gerade im Preußenhaus ordentlich **viel Disziplin geübt hat"!!**

Den reichen Ausbeutern des deutschen werktätigen Volkes gefällt das, was die Nazis vorgestern abend im Landtag taten. Deutlicher kann die Nazipartei nicht zeigen, daß sie die Stütze und der Schützling der kapitalistischen Blutsauger ist.

Die SPD-Presse muß zugeben, daß „am Mittwoch sich der Faschismus in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt hat." Was haben aber die SPD-Führer im Landtag getan? Sie waren nichtswürdig genug, untätig und gleichgültig zuzusehen, wie sich diese „nackte Gestalt der Brutalität" austobte. Ja noch mehr, die „Dresdner Volkszeitung" druckt eine Erklärung der SPD-Fraktion ab, in der den kommunistischen Abgeordneten die Schuld zugeschoben wird, weil sie „den ersten Schlag" geführt habe. Nach Meinung der SPD hätten unsere Genossen erst ruhig warten sollen, bis Genosse Pieck zusammengeschlagen war, ehe sie den Nazibanditen entgegen traten.

Aber das Arbeitervolk Deutschlands bleibt gegenüber Schimpf und Beleidigung durch die Landtagsnazis nicht gleichgültig. Die Antifaschistische Aktion, zu der gestern das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands aufgerufen hat, findet überall stürmischen Widerhall. Aber es darf nicht bei bloßer Zustimmung bleiben. Es heißt, alle Kräfte der Arbeiterklasse, in welchen Lagern sie immer auch heute stehen mögen, unmittelbar zusammenzufassen. Schach den Roll- und Mordkommandos der Hitlerpartei! Nieder mit den Lakaien des Finanzkapitals und der internationalen Räuber!

Betriebe und Stempelstellen, tretet miteinander in den antifaschistischen Wettbewerb! Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, vereinigt euch in den antifaschistischen Aktionsformationen! Gemeinsame Front gegen den gemeinsamen Feind, der künftig in kein Arbeiterviertel, in keinen Betrieb, in keine Stempelstelle eindringen darf!

Der Zustand unserer verletzten Genossen verschlimmert

Der Zustand unserer beiden schwerverletzten Genossen Gohlke und Krämer hat sich verschlimmert. Genosse Krämer, der schwere Kopfverletzungen davongetragen hat, wurde in der Nacht ohnmächtig und der Arzt stellte eine schwere Gehirnerschütterung fest. Ob die Schädeldecke verletzt ist, wurde bis jetzt nicht einwandfrei festgestellt. Genosse Gohlke, dem die Nazis einen Spucknapf mit voller Wucht an den Kopf geschleudert haben, hat hohes Fieber. Die Wunde eitert, da Schmutz hinzugekommen ist.

Abrechnung mit den Nazis verboten

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat gestern eine nach den Pharussälen einberufene Versammlung der KPD „mit Rücksicht auf die Vorgänge im Landtag" verboten.

Das Verbot dieser antifaschistischen Versammlung durch SPD-Grzesinski leistet den Naziführern einen Helfershelfer-Dienste.

Dr. Flamo verhaftet

Der revolutionäre Schriftsteller Dr. Flamo, ungarischer Staatsangehöriger, der sich zur Zeit in Deutschland aufhält, um in Versammlungen der revolutionären Organisationen über seine Reiseeindrücke in Italien, Polen und Estland, sowie über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu sprechen, sollte am 21. Mai in Königstein, als er einen Genossen aufsuchen wollte, verhaftet.

Wettervoraussage: Zeitweise auftrischende Winde aus wechselnden Richtungen. Bewölkung ziemlich wechselhaft. Temperaturverhältnisse wenig — nicht durchgreifend geändert. Vorläufig geringe leichte Niederschläge. Gewitterneigung.